

Spende!

Wirt, Gast.

Schweizer Franken

mlingen.

So für das  
t in der Woche  
eise von 20 000  
n 10 Markstück.  
redende Preise  
gen durch die  
n 600-jährigen Be-

ten Bericht.)

Abbröckeln der

die Tatsache,

längeren wies-

trennen, r

bewirkte am

urfes eine aus-

ur dadurch, daß

des Dollars

ht blieb. So

durchnweg glatt

stark nach, so

aren besser ge-

ausgesprochen

ter — 810 Pr.,

Weingarten

ir Hans — 810

ab, hatten aber

en Bad. Arilin

Im Freiberg-

2000 Punkten.

ht, Fichtelgold

149 Stück zuge-

schweine 24 000

zugeführten 393

ete 15 000 bis

ad zugeführt, die

0 bis 40 000 M

E war mit 180

preis betrug für

1 Prar Käufer

in den Wärlen- und

schweine

an n. Kalw.

ret. Calw.

hwan-

o 13 =

erkauft

missionsweg kom-

berkauft aus dem

ald;

-u. Sägholz;

entlangholz;

Sägholz.

der Landesgrund-

ember 1922,

beim Schult-

reichen,

ingelesen werden

amt Altburg.

1190 M.,

erstdärme,

si, Leinöl,

ergereschirr,

tuch

agstett.



Nr. 297

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang.

Veröffentlichungswelle: Unentgeltlich. Anzeigenpreis: Die kleinbaltige Seite Nr. 23.—  
Sicht. von Nr. 23.— mit Sammlungsangeben kommt ein Gulden von 100 % — herab. 9.

Wittwoch, den 20. Dezember 1922.

Wagnerspreis: In der Stadt mit Tageslohn Nr. 250.—, monatlich. Vorkaufpreis  
Nr. 350.— mit Beilegegeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

### Neueste Nachrichten.

Auf die optimistische Stimmungsmache aus Amerika über einen amerikanischen Kredit an Deutschland ist nun schon der Niederschlag erfolgt. Es wird aus Washington gemeldet, die Regierung habe wissen lassen, daß man erst am Beginn der Verhandlungen stehe, und daß man mit einer langwierigen und schwierigen Arbeit rechne. Auch das führende amerikanische Bankinstitut, das Haus Morgan, das in erster Linie für den Kredit in Betracht kommt, hat sich sehr zurückhaltend geäußert, denn die amerikanischen Banken würden erst eine Anleihe finanzieren, wenn das Reparationsproblem geregelt (1) sei. Auch die französisch-amerikanischen Verhandlungen scheinen noch nicht über die ersten Anfänge hinausgekommen zu sein. Ein erster englisch-amerikanischer Druck auf Frankreich, der das einzige Mittel zur raschen Regelung der Angelegenheit wäre, ist nicht zu erwarten, und warum sollen sich die Angelfaschen denn auch so beissen, die heutigen Wirtschaftsverhältnisse in Deutschland sind doch nur geeignet, unsere Volks- und Finanzwirtschaft weiter zu schwächen, und das ist doch das Ziel der Angelfaschen von jeher gewesen.

Gleichzeitig mit den pessimistischen Berichten aus Amerika erfahren wir aber auch, daß die Verhandlungen in Lausanne ebenfalls ins Stocken geraten sind, weil in der Meerengenfrage auf beiden Seiten nicht mehr weiter nachgegeben werden will, weshalb die Alliierten zu ihrem üblichen Prinzip der ultimativen Drohungen zurückgekehrt sind. Man wird, worauf wir in nebenstehendem Leitartikel hinweisen, nicht fehlgehen, wenn wir Beziehungen zwischen der Konferenz in Lausanne und der Behandlung der Reparationsfrage vermuten, denn so ist doch auch aus Washington gemeldet worden, zu erst muß die türkische Frage geregelt werden, und deshalb wird einstweilen auf Kosten Deutschlands die Reparationsfrage weiter verschleppt.

### Amerika und das Reparationsproblem.

Seit Wochen bringt die internationale Presse Andeutungen über angebliche Pläne der amerikanischen Regierung zur Sanierung der europäischen Finanzverhältnisse, die nach einer Erklärung des Präsidenten Harding auch im Interesse Amerikas liegt. Es ist begreiflich, daß Amerika nach dem gewonnenen Krieg und damit nach der Erledigung Deutschlands als machtpolitischer Faktor, der als sehr gefährlicher Gegner seiner Weltwirtschaftsziele in Betracht kam, vorläufig keine allzugroße Lust hat, das durch die sog. Friedensverträge, — die die Entente den unterlegenen Staaten aufgeschwungen hat, — geschaffene Chaos sich zu einem neuen wahrscheinlich noch größeren Weltbrand entwickeln zu sehen, und deshalb ist es auch nicht unwahrscheinlich, daß man, nachdem man uns durch Auspressung unserer Konkurrenzfähigkeit beraubt hat, nun vielleicht eine endgültige Regelung der Reparationsfrage auf einigermassen erträglicher Basis der Gefahr eines Verzweiflungsschritts Deutschlands mit seinen weiteren unabsehbaren Folgen für Europa vorzieht. Amerika hat — was man bei uns unter dem Eindruck der „moralischen“ Propaganda von drüben her immer wieder zu übersehen geneigt ist — mindestens das selbe Interesse an einer endlichen „Pazifizierung“ Mitteleuropas, Rußlands und der Türkei wie die europäischen Alliierten selbst, wenn auch die amerikanischen Interessen dabei nicht so direkt ins Auge springen.

Die Hauptfrage hinsichtlich der aktiven Teilnahme Amerikas an der Lösung der Reparationsfrage sind folgende: 1. Eine möglichst große Anleihe für Deutschland, 2. möglicste Verringerung der alliierten Schulden an Amerika. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese beiden Finanzprobleme miteinander verknüpft werden. Denn die amerikanischen Finanzkräfte, als deren ausführendes Organ die Washingtoner Regierung anzusehen ist, haben schon anlässlich der Pariser Bankierkonferenz erklärt, daß man Deutschland nur eine Anleihe gewähren könne, wenn die Reparationsforderungen der Entente wesentlich ermäßigt würden, worauf die prompte Antwort von Paris erfolgte, daß Frankreich von seinen „gerechten“ Forderungen nur Nachlässe zugestehen könne, wenn gleichzeitig seine eigenen Kriegsschulden an England und Amerika entsprechend herabgesetzt, womöglich aber annulliert werden. Während nun England sich zur Streichung der Schulden seiner Alliierten in weitgehendem Maße bereit erklärt hat, — wohl aus der Überlegung heraus, daß man die ihm geleisteten Soldnerdienste eben schließlich auch entlohnen muß — ist bis jetzt aus Amerika noch keine offizielle Mitteilung über diese Frage erfolgt. Bekanntlich sind schon früher Verhandlungen zwischen Washington einerseits und Paris und London andererseits gecheitert, weil die Amerikaner wohl Zahlungs-

erleichterungen zugestehen wollten, aber keine Abstriche von ihren Forderungen. Die ablehnende Haltung der amerikanischen Regierung ist wohl auch zu einem großen Teil darauf zurückzuführen gewesen, daß man in deutsch-amerikanischen und irischen Kreisen die Streichung der alliierten Schulden bekämpft hätte; dann sind aber auch hier zweifellos tatsächliche Momente miteinfließend gewesen, in der Richtung der Hinauszögerung der Regelung des Reparationsproblems, und damit der Niederhaltung Deutschlands bis zu einer Klärung der Orientfragen, die für Amerika ebenso wichtig wie für die europäischen Ententemächte ist. Man muß auch hier beachten, daß das Reparationsproblem für Amerika ebenfalls in erster Linie politisches und dann erst wirtschaftliches Charakter trägt.

Inwieweit nun alle diese Fragen einer Regelung entgegengeführt worden sind, oder doch Aussicht auf eine für die Alliierten und Amerika befriedigende Lösung haben, ist augenblicklich nicht zu überblicken, denn die Washingtoner Regierung geht an den gesamten Fragenkomplex mit einer Gelassenheit heran, die sie sich bei ihrer heute fast absoluten außenpolitischen Stärke leisten kann, aber auch mit einer Gerissenheit, die wir im Kriege und bis auf den heutigen Tag ja wahrhaftig genügend kennen gelernt haben. Einerseits läßt man ruhig die aufregendsten Gerüchte in der Angelegenheit durch die amerikanische Presse verkünden, andererseits aber warnt man halbamtlich vor allzu großen Hoffnungen, sobald man also, je wie die außenpolitische Situation sich für Amerika entwickelt, und je wie sich die Verhältnisse in Europa und im Orient gestalten, vorgehen kann. An ein besonderes Eingreifen zu Gunsten Deutschlands ist dabei gar nicht zu denken, das hat ein amerikanisches Blatt gestern ganz deutlich ausgesprochen, da „die amerikanischen Sympathien“ bei Frankreich seien. Daß aber letzten Endes Amerika in seinem eigenen Interesse auf gewisse Mäßigung seitens Frankreich hinwirken wird, das ist doch anzunehmen. Was die gegenwärtige Pressetätigkeit in Amerika (gegen Frankreichs Annektsionspolitik) und in Frankreich (gegen Amerikas angebliche Vorschläge) anbelangt, so muß man heute mehr als je mit der Verwendung des Talleyrand'schen Wortes rechnen, daß die Sprache dazu da ist, um die Gedanken — und Absichten zu verbergen. Wir werden das amerikanisch-französische Presseballet als das ansehen müssen, was es fraglos ist, nämlich als ein taktisches Manöver zur Verschleierung der geheimen Zusammenarbeit, gerade so wie die seit 3 Jahren wiederholten englisch-französischen „Auseinandersetzungen“, was aber nicht zu hindern vermochte, daß man in Deutschland immer wieder darauf hereinfällt.

Was nun die angeblichen Vorschläge anbelangt, die aber, wie es heißt, noch der Prüfung der Regierung unterliegen, so sind sie auf eine völlige Finanz- und Wirtschaftskontrolle Deutschlands eingestellt, um die 2 1/2 Milliarden Dollar Kredit sicherzustellen, die man uns vorstrecken will. Man will nämlich die erste Hypothek auf sämtliche Zölle, Ein- und Ausfuhrabgaben und schließlich auf das Ergebnis der Einkommensteuer, mit andern Worten, man will alle diese Einkünfte kontrollieren, um so über unsere Volkswirtschaft immer aufs beste unterrichtet zu bleiben. Die amerikanischen Finanzfachverständigen sind der Ansicht, daß wir zur Zeit nicht mehr als 300 Millionen Dollar im Jahr zahlen können, also 1200 Millionen Goldmark, was über 1800 Milliarden (!) Papiermark nach dem heutigen Wertesstand bedeuten würde. Dabei sind sie noch der Ansicht, daß die jährlichen Zahlungen Deutschlands nach der Regelung der Reparationssumme bald erhöht werden können. Allerdings will man eine solche Anleihe nur gewähren, wenn die Franzosen Abstand von ihren Gewaltplänen bezüglich des Ruhrgebiets nehmen, und auch jede sonstige Gewalttat unterlassen. Daß die Amerikaner diese Bedingung stellen, ist begreiflich, denn sie wissen natürlich genau, daß bei Besetzung des Ruhrgebiets die gesamte deutsche Industrie vollends lahmgelegt würde. Von besonderer Bedeutung ist dann, daß man auch als Voraussetzung für die amerikanische Unterstützung die vorausgehende Regelung der türkischen Frage zwischen Frankreich, England und der Türkei verlangt, eine Bestätigung der Auffassung, daß die Reparationsfrage immer in bezug mit der jeweiligen außenpolitischen Lage gebracht wird, und daß Amerika zuerst sehen will, ob der Orient wenigstens zu einer vorläufigen Ruhe gebracht wird, ohne die die amerikanischen Geldgeber ihre Anleihe nicht als gesichert betrachten würden. So hält Amerika durch Vernichtung der deutschen Nachstellung neben der finanziellen und wirtschaftlichen Beherrschung der Welt heute die Fäden aller politischen Systeme in Europa und im Orient in seiner Hand, und da ist man bei uns erstaunt, warum die Amerikaner eigentlich in den Krieg gezogen sind.

Gerade aber weil auch von Amerika das Reparationsproblem nicht als wirtschaftliche, sondern als eminent politische Frage behandelt wird, deshalb ist niemand heute in der Lage, vorauszusagen, ob wir endlich eine endgültige Regelung in den nächsten Monaten zu erhoffen haben. Denn eine Komplikation im Orient, in Rußland, in Asien oder auch am Rhein kann mit einem Schlage die Verhältnisse ändern, und uns wieder in die Unsicherheit zurückwerfen. Die gegenwärtigen auf einen verständlichen Ton gestimmten Verhandlungen in Lausanne lassen allerdings doch eine geringe Hoffnung aufkommen, aber das deutsche Volk wird ganz besonders gut daran tun, den amerikanischen Dämpfer auf sich wirken zu lassen, weil wir vorläufig immer noch Objekt der Politik sind, ihren Stimmungsausgleichungen also am meisten ausgesetzt sind. O. S.

### Morgan und die Anleihefrage.

New York, 19. Dezbr. Die Morganggesellschaft veröffentlicht folgende Erklärung: „Der deutsche Botschafter Wiedfeldt hat am Samstag Morgan besucht, um sich zu erkundigen, ob es möglich sei, zu versuchen, zur Frottierung einer großen, sogenannten internationalen Anleihe für Deutschland beizutragen. In seiner Antwort wies Morgan auf die Sitzungen des Bankierausschusses im letzten Juni hin und sagte im wesentlichen dem Botschafter, daß unsere Lage genau die gleiche sei wie damals. Er habe dem Botschafter mitgeteilt, wenn wir auch sehr wünschten, der allgemeinen Lage zu dienen, nichtsdestoweniger die Verhältnisse offenbar derartig geworden seien, daß es für uns nicht möglich sei, eine Anleihe für Deutschland zu erörtern oder in Erwägung zu ziehen, bevor nicht die Reparationsfrage geregelt sei.“ — Der „New York Herald“ meldet zu der Unterredung zwischen Wiedfeldt und Morgan noch weiter: Morgan hatte in seiner Unterredung mit Hughes und Harding die Bildung einer Finanzkommission angeregt, die Deutschlands wirkliche Leistungsfähigkeit festlegen soll. Washington hat daraufhin bei den europäischen Regierungen inoffiziell anfragen lassen, ob sie mit der Bildung einer solchen Kommission einverstanden seien, in der vorwiegend Sachverständige der nicht an den Versailler Vertrag gebundenen Mächte sitzen sollen, also quasi eine unparteiliche Kommission. Wiedfeldt soll nun bei seiner Unterredung mitgeteilt haben, einen solchen Schiedsspruch anzuerkennen.

London, 19. Dezbr. Neuter berichtet zu der New Yorker Meldung, daß Morgan erklärt habe, er wünsche lebhaft, bei der Besserung der Lage behilflich zu sein, jedoch sei sein Standpunkt derselbe wie zur Zeit der Pariser Bankierkonferenz in Juli, diese Meldung verhärtete den Eindruck, daß Präsident Harding versuchen wolle, auf diplomatischem Wege eine Herabsetzung der Reparationssumme zu erreichen oder die Grenze von Deutschlands Zahlungskraft festzustellen, ehe die Beratungen über eine Anleihe beginnen.

Paris, 19. Dezbr. Nach einer Havasmeldung aus New York kann über die Besprechungen, die am vergangenen Sonnabend zwischen dem deutschen Botschafter Wiedfeldt und einem Teilhaber einer amerikanischen Großbank (gemeint ist das Bankhaus Morgan u. Co.) stattgefunden haben, mitgeteilt werden, daß die Bank dem Botschafter Wiedfeldt erklärt hat, es könne Deutschland kein Vorkauf gewährt werden, bevor die Reparationsfrage geregelt sei.

### Die zurückhaltende amerikanische Regierung.

Paris, 19. Dezbr. Nach einer Havasmeldung aus Washington wird im Staatsdepartement hinsichtlich des amerikanischen Projekts für die wirtschaftliche Sanierung Europas immer noch größte Zurückhaltung beobachtet. Augenscheinlich warte man in Washington auf offizielle Vorschläge, bevor man sich über die Einzelheiten der Linien entscheide. Die Mitglieder des Kongresses ergingen sich in Vermutungen über das, was die Regierung tun werde. Die Unversöhnlichen fürchteten eine neuerliche Einmischung der Vereinigten Staaten in die europäische Politik und protestierten dagegen.

### Die französisch-amerikanischen Besprechungen.

Paris, 19. Dezbr. Der „New York Herald“ erfährt aus Washington, daß zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich inoffizielle Verhandlungen in der Reparationsfrage im Gange seien. Die Vereinigten Staaten hofften, Frankreichs Zustimmung zur Bildung einer Finanzkommission zu finden, in der die gesamten durch den Versailler Vertrag nicht geladenen Länder vertreten wären und die die deutsche Reparationsfähigkeit bestimmen soll. Diese Tatsache

bleibe übrig von den Verträgen über eine Antelhe für Deutschland. Deutschland sei ebenfalls sondiert worden und Botschafter Wiedfeldt habe mitgeteilt, daß seine Regierung bereit sei, den Spruch einer derartigen Kommission anzunehmen, wenn die Ver. Staaten glaubten, daß die Kommission Deutschland Gerechtigkeit widerfahren lasse. Diese vorsichtige Form der Zusage sei veranlaßt durch den Umstand, daß die Verein. Staaten streng an dem Prinzip festhalten, Deutschland müsse bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit bezahlen. Frankreich seinerseits habe keine Zusage gegeben, sondern inoffizielle Fragen gestellt, welche Sicherheit gegebenenfalls über die derzeit bestehende hinaus vorhanden sei, daß Deutschland bezahlen werde, wenn die Kommission einen gerechten und erträglichen Reparationsbetrag festsetze. Das Blatt stellt fest, daß Einzelheiten über die französisch-amerikanischen Verhandlungen noch nicht mitgeteilt werden können, daß aber die Ver. Staaten unter keinen Umständen in der Lage seien, sich dafür zu verbürgen, daß Deutschland zahlen werde. Die einzig positive Versicherung der Verein. Staaten sei wirtschaftlicher Art, mit anderen Worten, die Verein. Staaten könnten aus traditionellen Gründen keiner Gewaltanwendung zur Erreichung deutscher Zahlungen zustimmen. Das Blatt bestätigt, daß Morgan und Root wegen des Eintritts in die geplante Kommission sondiert worden seien.

### Poincaré gegen die vorzeitige Räumung des Rheinlands.

Paris, 19. Dezbr. Poincaré hat, nach der „Chicago Tribune“ gestern Abend den amerikanischen Journalisten im Zusammenhang mit den amerikanischen Nachrichten über den Plan der Verein. Staaten in der Reparationsfrage eine Erklärung abgegeben, in der er sich auf den Standpunkt stellt, Frankreich könne sich mit keinem neuen Plan einverstanden erklären, der die Räumung des Rheinlandes in naher Zukunft vorsehe. Frankreich werde keine Abänderung der Bestimmungen des Versailler Vertrages hinnehmen, die bekanntlich mindestens 15 Jahre für die Befestigung vorsehe.

### Frankreich und das Saargebiet.

Paris, 18. Dezbr. Aus Anlaß der Einweihung des neuen Gebäudes der Handelskammer in Metz sagte in der Eröffnungsrede in Abwesenheit des Handelsministers der Vorsitzende der Kammer, Hubert Wendel, die Handelskammer werde sich besonders um die Konkurrenz kümmern müssen, die später vom Saargebiet zu erwarten sei, wenn nach 13 Jahren dieses Gebiet ein ungeheures Depot deutscher Waren werden würde.

### Die dauernde Abbröckelung deutschen Gebiets durch die Entente.

Ratibor, 20. Dezbr. Die Grenzfestsetzungskommission beschloß, die Gemeinde und das Gut Haatsch der Tschekoslowakei zuzuwenden, dagegen die Gemeinde und das Gut Dwschütz bei Deutschland zu belassen. Ueber Sandau soll erst in der zweiten Januarhälfte entschieden werden. Eine Begründung dieses Mehrheitsbeschlusses wurde nicht gegeben. Eine Ermächtigung zur Befestigung von Haatsch durch die Tschekoslowakei ist noch nicht erteilt worden.

### Die Konferenz in Lausanne.

#### Die Auseinandersetzungen über die Meerengenfragen.

Lausanne, 19. Dezbr. Ueber die heutigen Beratungen der ersten Kommission in der Meerengenfrage wird mitgeteilt, Curzon bezeichnete das russische Gegenprojekt als unannehmbar für die Alliierten. Bezüglich der anderen Projekte seien die Alliierten zu einigen Zugeständnissen bereit. Tschibatsch betonte nochmals, daß eine Einmischung der Meerengenkommission in türkische Angelegenheiten unannehmbar sei. Andererseits seien die alliierten Zugeständnisse nicht ausreichend. Das Garantiesystem des Völkerbundes müsse durch ein anderes System ersetzt werden, das den Verhältnissen besser angepaßt sei. Tschibatsch verwies dabei auf die Lösung der Alandsfrage durch den Völkerbund. Für das in dieser Frage getroffene System wünschte er ein mehr individuelles. Dieses System müsse in Form eines Abkommens von allen Signaturmächten des Vertrags unterzeichnet werden. Schließlich forderte er, daß außer Rußland auch Georgien und die Ukraine als Uferstaaten des Schwarzen Meeres an der Kommission teilzunehmen hätten, während Griechenland dort nicht hineingehöre. Tschibatsch bedauerte, daß die Alliierten das russische Projekt nicht gründlicher geprüft hätten und forderte nochmals, daß Deutschland in der internationalen Kommission vertreten sein soll, da es bedeutende Interessen am Schwarzen Meer habe. Die Vertreter der Kleinen Entente sprachen sich naturgemäß für das Projekt der Alliierten aus und Lord Curzon beantragte die nächste Sitzung für morgen Nachmittag an, nachdem er Beschleunigung der Arbeiten empfohlen und vorgeschlagen hatte, daß die Meerengenfrage nur noch eine Kommissions-sitzung in Anspruch nehmen solle.

#### Die Ägypter

#### verlangen ebenfalls völlige Unabhängigkeit.

Lausanne, 20. Dezbr. Die hier weilende ägyptische Abordnung fordert in einem ausführlichen Bericht an die Konferenz erneut Zulassung zur Konferenz, sowie Anerkennung der völligen Unabhängigkeit Ägyptens und des Sudans, Abzug der britischen Truppen, wirkliche Neutralität des Suezkanals und dessen Überwachung durch Ägypten.

#### Englische „Höflichkeit“ gegenüber den Franzosen.

Lausanne, 19. Dezbr. Lord Curzon erklärte heute morgen dem französischen Bevollmächtigten Barrère, daß er

aus Freundschaft für Frankreich bereit sei, auf den Brauch zu verzichten, wonach die Friedensverträge sowohl in englischer als auch in französischer Sprache redigiert werden. Er sei damit einverstanden, daß der Friedensvertrag von Lausanne nur in französischer Sprache abgefaßt werde. — Zuerst muß er aber geschlossen werden.

### Es gährt im elsässischen Volke!

Ein elsäß-lothringischer Skandal in der französischen Kammer. Von Dr. Robert Ernst.

„Es gährt im elsässischen Volke! Es ist hier eine Volksbewegung im Werden, auf deren Ernst wir die verantwortlichen Stellen in Straßburg und Paris aufmerksam machen. ... Das Steinschneidwerk, das auf schneeiger Felswand im Rollen ist, kann zur verheerenden Lawine werden.“ So schreibt die Straßburger Zeitung „Der Elsässer“ in ihrem Leitartikel vom Montag, den 4. Dezember. Was ist geschehen? In der französischen Kammer wurde am Samstag, den 2. Dezember, das Budget von Elsaß-Lothringen verhandelt. Bei dieser Gelegenheit ergriff der elsässische Abgeordnete Michel Walter, ein Vertreter der größten elsässischen Partei, der republikanischen katholischen Volkspartei das Wort, um den Wünschen des elsässischen und des größten Teiles des lothringischen Volkes Gehör zu verschaffen. Die elsäß-lothringischen Deputés haben es recht lange vermießt, all die Klagen, die man im Elsaß und in Lothringen gegen Frankreich zu hören bekommt, in der französischen Kammer zur Sprache zu bringen. Im vorigen Jahr hatte der elsässische Abgeordnete Scheer ziemlich deutlich über die unerfreulichen Zustände im Elsaß und in Lothringen berichtet. Dann aber wurde es still aus dem begreiflichen Grunde, weil diese Klagen der „befreite Brüder“ vom französischen Volk sehr ungerne vernommen werden. Und da nun einmal die heutigen elsäß-lothringischen Abgeordneten entweder aus Ueberzeugung französisch gesinnt oder doch seit November 1918 aus alttäglichen Gründen den französischen Patriotismus für sich gepachtet haben, so ließen sie sich lieber als „befreite Brüder“ feiern und vernachlässigten die Interessen ihres Volkes. Nun aber haben die Wahlen und sie fühlen, daß mit einer patriotischen Geste in Elsaß-Lothringen kein Hund mehr hinter dem Ofen hervorgeholt werden wird. Das Volk, das im Jahre 1919 nach der gewaltigen Umwälzung noch völlig verwirrt war und sich aufgeben und verbrennen mit Frankreich verbunden sah, ist von dem künstlich aufgemachten patriotischen Kummel für die „Mère patrie“ aufgewacht und verlangt nach Erhaltung seines eigenen Lebens. Ungeheuer ist die Verbitterung gegen die Franzosen gewachsen, die die elsäß-lothringische Selbstverwaltung in Stücke schlagen, die gegen den oft ausgesprochenen Willen der Bevölkerung mitten im deutschsprachigen Lande die französische Sprache zur Alleinherrscherin gemacht haben, die auf Schritt und Tritt die Elsässer und Lothringer, die Beamten, die Lehrer und Vertreter aller Stände gegenüber den Innerfranzosen benachteiligen. So hat sich der Abgeordnete Michel Walter entschließen müssen, in der französischen Kammer zu verlangen, daß das Generalkommissariat, das in seinen Rechten beschränkter Statthalterhaft, daß der Conseil Consultatif, das in seinen Rechten noch beschränktere Nachfolger des ehemaligen elsäß-lothringischen Landtages, vorläufig beibehalten werden, daß die deutsche Sprache neben der französischen wieder zu ihrem Rechte komme, und so manches andere, was einem Franzosen von Herzen zuwider ist. Und welche Antwort hat er erhalten? Der Innerfranzose, der Sozialist Uhrig sprach ihm die Kompetenz ab, in elsäß-lothringischen Dingen, also reinfranzösischen Angelegenheiten (1), mitzusprechen, bezichtigte ihn Spionagedienstes für die Deutschen und schleuderte ihm die Verhöhnung entgegen: „Sie sind ein Boche, ein Saleboche!“ Dies geschah einem Manne, der nach dem Waffenstillstand mit verblichener Fröhenheit zu einem glühenden Patrioten wurde, der schon nach 3 Monaten als Lehrer seine Schüler nur noch französisch unterrichtete, trotzdem er bis zum Jahre 1918 kein Wort französisch gelernt hat! Ob die Elsässer aus diesem Vorkommnis eine Lehre ziehen werden? Ist es nicht selbstverständlich, daß Frankreich zu ihnen kein Vertrauen haben kann. Werden Menschen, die wie Michel Walter, eigenes Wesen, eigene Sprache Fremden opfern, jemals Achtung einflößen können?

Dieses Ereignis in der französischen Kammer hat einen Sturm der Entrüstung in Elsaß-Lothringen hervorgerufen. Und die Bewegung ist umso tiefergehend als jeder einzelne es Tag für Tag erlebt, wie er von den Franzosen als lästiger Ausländer behandelt wird. Es tritt hinzu, daß ausgerechnet an diesem gleichen 2. Dezember das elsäß-lothringische Selbstbewußtsein einen weiteren schweren Schlag erlitt. Es sollte in Straßburg der lang erwartete große Beleidigungsprozess stattfinden, den die gesamte Beamten- und Lehrerschaft gegen den Herausgeber des Straßburger Ständeballes „Le Cri de Strasbourg“, gegen den Corjen-Casé Soprant angestrengt hatte, um diesen Hezer, der täglich die Elsässer und Lothringer als üble Kantonisten hinstellt, an den Pranger zu stellen. Mit Hilfe der dafür geschickt angelegten Prozessordnung konnte dieser Prozess auf 3 Monate verlagert werden! Die Straßburger „Republique“ schreibt dazu: „Dies Verfügen unserer Justiz in einer Affäre, in der sozusagen die Entrüstung der ganzen Bevölkerung unseres Landes zum Ausdruck gekommen ist, wird überall peinliche Kommentare — um nicht mehr zu sagen — hervorrufen. ... Beschimpfung der elsässischen Volksvertreter, Beschimpfung der elsässischen Beamtenvertreter! Boche in Paris, Boche in Straßburg! Die Rolle des Achenbröbels geht weiter!“ Und über dem Aufsatz steht: Die elsäß-lothringische Frage. So ist sie also doch nicht tot? Und die Straßburger Zeitung „Der Elsässer“ sagt: „Wir warnen! Es hat im November 1913 hierzulande eine Volksbewegung wie ein rasendes Feuer um sich gegriffen. Diese Bewegung war im Endeffekt ein elementarer Protest gegen die Zugehörigkeit zu Deutschland.“ (?) (Man beachte diese Anspielung auf den Fall Zabern.) — Im Budget für Elsaß-Lothringen sind 150 000 Franken — 90 Millionen Papiermark —

unsernäcklich festgesetzt für „Saberton und Unterstiftung für Veröffentlichungen, Vorstellungen und Manifestationen, die ein nationales Interesse haben.“ Nun wissen wir, wie man in Elsaß-Lothringen „französischen“ Patriotismus züchtet. Aber dieses Kunstgebilde wird von naturhaften elsässischen und lothringischen Stammesbewußtsein und Heimatgefühl in Trümmer geschlagen werden.

### Deutschland.

#### Eine neue Lohnbewegung der Reichsarbeiter.

Berlin, 20. Dez. Die Spitzenorganisationen der Staatsarbeiter, die gestern im Reichsfinanzministerium wegen eines abermaligen Lohnerhöhungszustands für die zweite Dezemberhälfte vorstellig wurden, erhielten von Ministerialdirektor v. Schlehen die Erklärung, daß eine Nachzahlung auf die erst kürzlich erhöhten Bezüge wegen der allgemeinen Finanzlage des Reichs und aus außenpolitischen Gründen unmöglich sei. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ haben die Gewerkschaften daraufhin gestern Abend eine Besprechung abgehalten, in der beschlossen wurde, in den nächsten Tagen einen neuen gemeinsamen Schritt zu unternehmen. Einer Korrespondenz zufolge sollen die Gewerkschaften die Absicht haben, der Regierung zu erklären, daß sie für etwa ausbrechende Teilstreiks der Staatsarbeiter keine Verantwortung übernehmen.

#### Staatsgefährliche Geheimorganisation.

Altona, 19. Dezbr. Die Altonaer Polizei hat in der vergangenen Nacht in einem Fabrikkontor 25 Personen festgenommen, die der Geheimbündelei beschuldigt werden. Sie wurden dem Polizeigefängnis zur Vernehmung zugeführt. Diese ist noch nicht abgeschlossen.

#### Proteststreik der Hamburger Hotels.

Hamburg, 19. Dezbr. Am Donnerstag bleiben die Restaurants und Kassenbetriebe der Hamburger Hotels ausläßlich einer Protestkundgebung gegen das von der Reichsregierung geplante Schankstättengesetz von 12 Uhr mittags ab geschlossen. Die Hotels selbst sind jedoch zur Aufnahme von Fremden geöffnet.

### Bermischtes.

#### Ein neuer Spiritus.

Aus Johannesburg meldet man dem „Manchester Guardian“, daß man dort aus den Früchten des großen Kaktus, der in Afrika große Länderstrecken besiedelt hat und auch in Südeuropa heimisch ist, einen Spiritus herstellt, der sich vorzüglich für Kraftwagen eignen soll. Versuche haben ergeben, daß unter gleichen Verhältnissen der neue Stoff den Wagen drei Meilen weiter befördert als Benzin. Da diese Frucht — von den Engländern „Stachelbirne“ genannt — über einen großen Teil der Erde verbreitet ist, so wäre diese Entdeckung von ziemlicher Wichtigkeit für das Kraftfahrwesen.

### Reichstag.

Berlin, 18. Dezbr. Die zunächst auf der Tagesordnung stehenden sozialdemokratischen Interpellationen wegen des Schulaufsichtsgesetzes in Bayern und über das Urteil im Hardenprozess werden gemäß Mitteilung der Regierung innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist ihre Erledigung finden. — Das Gesetz über die Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung wird dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Bei der dritten Lesung des Einkommensteuergesetzes haben die Sozialdemokraten aus neue ihren Antrag auf Heraushebung der zehnprozentigen Steuergrenze auf eine Million und für eine anderweitige Staffelung wieder eingebracht. Abg. Solmann (Soz.) gibt namens seiner Partei die Erklärung ab, daß seine Partei den Mehrheitsparteien die Verantwortung überlasse. — Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages wird sodann das Gesetz nach den Beschlüssen der zweiten Lesung mit den Stimmen der Bürgerlichen gegen die der gesamten Linken angenommen. — Bei der dritten Beratung des Zwangsankessgesetzes erklärt Abg. Dr. Herz (Soz.), daß, wenn das Gesetz in der vorliegenden Form Tatsache werde, es absolut unzulänglich sein werde. Das sei aber die Schuld der bürgerlichen Parteien, die seinerzeit die Spekulation nicht gehindert hätten. Seine Partei habe daher ihre Anträge auf Eindämmung der Spekulation wieder eingebracht. Immerhin enthalte der Entwurf einige Verbesserungen; deshalb werde seine Partei ihm doch zustimmen. — Abg. Helfferich (Dt.Nat.) betont, das Gesetz sei so ziemlich die schlimmste Kompromißgeburt, die ihm je vorgekommen sei. Seine Partei arbeite daran nur mit, um weitere Verschlechterungen durch die sozialistische Linke zu verhindern. Wenn man aber mit den sozialdemokratischen Rezepten den Kapitalmarkt weiter bedrohe, so gefährde man damit das Zustandekommen der Reparationslösung. Die sozialdemokratischen Abänderungsanträge werden abgelehnt, die Vorlage wird angenommen, die Abstimmungen werden auf später verlagert. — Bei der zweiten Lesung des Gesetzes über das Ruhegeld des Reichspräsidenten erklärt Abg. Schulz-Bromberg (Dt.Nat.), daß seine Partei das Gesetz ablehne. Das Gesetz wird gegen die Deutschnationalen und Kommunisten in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Beim 7. Nachtrag zum Reichshaushaltsplan fragt Abg. Helfferich (Dt.Nat.), ob die Reijensumme, die der Etat aufweise, tatsächlich alle Kosten decke, oder ob die Geldbeträge von jährlich 1,8 Milliarden Mark für die Befahrungstruppen noch dazu kämen. Unsere Reichswehr und die Marine hätten uns nicht den dritten Teil davon gekostet. — Staatssekretär Japs: Die Befahrungskosten sind nach einem Abkommen unter den Alliierten mit Wirkung vom 1. August 1922 auf den jährlichen Höchstbetrag von 220 Millionen Goldmark festgesetzt worden. Für das Jahr 1922 liegen uns Teilzahlungen nicht vor, jedoch ist die Lieferung von Markpfortschüssen gefordert worden. Die Verhand-

Unterstützung  
Manifestation  
Patriotismus  
naturhaften  
Held  
Arbeiter  
Staats  
Ministerium  
Ministerial  
Nachzahlung  
allgemeinen  
Gründen  
haben die  
Besprechung  
nächsten Tagen  
nehmen. Einer  
Abgaben die Ab  
sie für etwa  
keine Verant  
ifikation  
hat in der  
25 Personen  
bedingt werden  
nehmung zuge  
Hotels  
bleiben die Re  
Hotels an  
von der Reichs  
12 Uhr mittags  
zur Aufnahme  
„Manifesten  
den des großen  
besteht hat  
Spiritus her  
gnen soll. Ver  
erhöhen der  
befördert als  
ndern „Stachel  
der Erde ver  
nehmlicher Wich  
Ordnung stehen  
des Schulauf  
im Hardenprozeß  
nerhalb der ge  
finden. — Das  
Influencerklärung  
Bei der dritten  
Sozialdemokraten  
gehörigsten  
überwiegende Staf  
(Soz.) gibt na  
eine Partei den  
e. — Unter Ab  
Johann das Ge  
den Stimmen  
angenommen.  
ihre Gesetze erklärt  
in der vorliegen  
glücklich sein werde.  
teilen, die seiner  
eine Partei habe  
deklaration wieder  
einige Verbesser  
schon zustimmen.  
—  
sch sei so ziemlich  
vorgekommen sei.  
itere Verschlechte  
dern. Wenn man  
den Kapitalmarkt  
Zustand kommen  
en Abänderungs  
angenommen, die  
Bei der zweiten  
Reichspräsidenten  
daß seine Partei  
e Deutschnationa  
Besetzung angenom  
plan fragt Abg.  
die der Etat auf  
Geldbeträge von  
struppen noch da  
hätten uns nicht  
retär Zapf: Die  
unter den Allie  
jährlichen Höchst  
worden. Für das  
vor, jedoch ist die  
en. Die Verhand

lungen darüber schweben noch. Die einzelnen Etats werden darauf nach den Beschlüssen der bisherigen Lesung angenommen, darunter die Genehmigung über Schaffung einer zweiten Kontradmiraletelle für die Reichswehrmarine. — Bei der Abstimmung zum Zwangsangeleihegesetz wird der sozialdemokratische Antrag auf Schaffung einer Goldklausel mit 182 gegen 135 Stimmen abgelehnt, in der allgemeinen Abstimmung wird das Gesetz gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. — Ein Antrag Hoffmann-Ludwigshafen (Zentr.), den Kirchengemeinden, welche ihre Gloden während des Krieges opfern mußten, beim Rücktransport ihrer Gloden Frachtfreiheit zu gewähren, wird gegen die Stimmen der Linken angenommen. — Nachdem der Rest der Tagesordnung debattelos erledigt worden ist, bittet Präsident Loebe um die Berechtigung, die nächste Sitzung zwischen dem 10. und 17. Januar einzuberufen und die Tagesordnung festsetzen zu dürfen. Er entläßt das Haus mit den besten Wünschen für die Feiertage. Im letzten Augenblick ereignet sich ein Zwischenfall, als sich auf der Zuschauertribüne ein Mann erhebt und ruft: Herr Präsident, ist es erlaubt, daß hier ein Mann aus dem Volke ein Wort spricht? Auf einen Ruf des Präsidenten wird der Mann entfernt. — Schluß nach 2 Uhr.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 20. Dezember 1922.

#### Weihnachtsfeier

#### des Christlichen Vereins Junger Männer.

Unter den Vereinigungen innerhalb der Calw. Gemeinde verdient der Christl. Verein Junger Männer besondere Beachtung. Warum? Weß hier versucht wird, eine Kerngruppe von bewußt evangelischen jungen Männern und solchen, die es werden wollen, zu sammeln. Diese sollen in selbständiger Arbeit sich mischen, eine jugendliche Gemeinschaft auf dem Grund des Evangeliums zu bilden, eine Kameradschaft nach dem Vorbild Jesu darzustellen. Diese schwere Arbeit, der viele „Waden und Klöße“ im Weg liegen, muß sich im Stillen, hinter der Dämlichkeit vollziehen, wenn sie gesund bleiben will. Aber hier und da muß doch die Kirchengemeinde sehen, daß der Verein lebt. In diesem Sinn muß die Weihnachtsfeier verstanden werden. Sie war eine praktische Ergänzung zu dem Vortrag, den kürzlich Herr Stadtpfarrer Sandberger hier über „Die Jugend und die Gemeinde“ gehalten hat. Welche Seiten seiner Arbeit hat der Verein bei seiner Feier gezeigt? Zunächst fiel der junge Leiter des Abends in die Augen. Herr Hans Schnauffer hat den Abend in sehr feiner Weise geleitet und zeigte schon dadurch, wie durch seine eindrucksvolle Begrüßungsansprache, was der Verein sein will. Ein weiteres Kennzeichen der Vereinsarbeit war das Orchester, das auf eigenen Füßen steht und außer den Geigen sogar eine Bratsche z. Ht. Wo ist der christliche junge Mann in Calw, der mit einem Celld in den Verein eintritt? Auch die Art der Musikfille verdient Beachtung. Auch die Gedichtvorträge sollten ein Zeichen sein, in dem der Charakter des Vereins zum Ausdruck kam. Die Weihnachtsrede hatte Repetent Hartenstein aus Tübingen übernommen. Das Weihnachtsevangelium wurde verlesen. Dann führte der Redner in die Tiefe der Weihnachtsgeschichte. Er schilderte Weihnachten als das Fest der allem menschlichen Denken und Urteilen schließlich zuwiderlaufenden Gnade Gottes, die durch ihre Gegensätze begriffen werden muß. In der Fülle seiner Gottesmacht steht Gott da, als er Mensch wird, und die vollendete Armut ist dem Menschen nötig, um diesen Reichtum der Gnade zu empfangen. Der Redner verknüpfte alte Gedanken mit neuen Zungen. Unausdrücklich zeigte er damit auch, auf welchem Grund der Verein steht. Das zweite Hauptstück des Abends war das Spiel „In Gottes Kraft“. Palästinakundige Sachverständige halfen bei der Einleitung der Spieler. Sie waren notwendig, denn das Stück spielt unter jüdischen Bauern zur Zeit von Jesu Geburt. Es herrscht Revolutionsstimmung gegenüber den Römern, die sich mit glühendem Messiasglauben

### Der Weihnachtsfund.

Von Hermann Kurz.

„Ja, der Erhard!“ rief der Schuster achtsungsvoll, und beide Eheleute spendeten dem Abwesenden reichliches Lob. „Wer weiß, wo dem wackern Kerl jetzt das Ohr klingen mag!“ setzte endlich der Schuster hinzu. Justine fuhr sich mit der Hand über die Augen und sagte zu der Schusterin: „Ich weiß keinen, der so viel Ähnlichkeit mit Eurem Mann hat und so wenig mit dem Vater dieses Kindes, wie man sich den vorstellen muß. Auch ist er ja selber vater- und mutterlos, wie der arme Wurm da, also in allen Dingen ein Vorbild für ihn.“ „Weiß's dabei“, rief der Schuster, „Erhard soll er heißen.“ Justine küßte das Kind, legte es in die Wiege zurück, gab allen noch einmal die Hand und ging. „Das ist ein wackeres Mädel, die Justine“, sagte die Schusterin, als sie fort war. „Die wär' für den Erhard recht gewesen“, bemerkte der Schuster. „Warum sind sie denn nicht zusammenkommen?“ „Weiß nicht“, sagte die Schusterin. Aus dem Hause des Schusters heräusretend, stieß Justine auf eine alte Frau, welche schon über die Straße schlich und sich so nahe als möglich an den Häusern hielt. Sie war alimodisch, aber sehr wohlhabend gekleidet, und an ihrem Halsknoten von Granaten prangte ein großes silbernes Schloß; ihre Haltung jedoch stand mit diesen Zeichen des Reichtums im Widerspruch, denn sie sah so jämmerlich gedrückt aus, als ob sie von Almosen leben müßte. Sie schlug das Auge mit Bestürzung zu Justine auf und sah sie ungewiß und jurchtam an. Justine warf ihr einen Blick der Verachtung zu und ging, ohne zu grüßen, an ihr vorüber. Zwei Bürgersfrauen, die verspätet aus der Kirche

verdrängen kann. Der „Jüngling“, der Held des Stücks, vertritt am schärfsten diese Stimmung. Der Kuffand wird gewagt und mißlingt. Berrat in den eigenen Reihen ist schuld daran. Da finden Hirten die Geburt des Christuskindeleins. Ein anderer Messias — gewiß — aber größer als der der nationalen Begeisterung. Die Männer der Revolution beugen sich mit den Hirten vor dem Kind in der Krippe. Der besondere Liebling der Zuschauer war ein drohlicher Bauernbub. Diese Aufführung war auch ein Zeichen der Vereinsarbeit. Wer tiefer blickte, sah „hinter den Kulissen“ noch mehr solcher Kennzeichen. Bei den Darbietungen waren zum Beispiel junge Männer aus allen Ständen unserer Stadt vereint. Das ist auch etwas, das wir mit Dank begrüßen. Herr Detan Zeller dankte in einer Schlußansprache im Namen der Gäste. Wir danken auch öffentlich den beiden Vorsitzenden, Herrn Stadtpfarrer Lang und Herrn Kirchenpfleger Spambalg. Herr Wichele war so freundlich, die Feier musikalisch zu unterstützen. Am Montag abend fand eine kleine Feier vor Kindergärten statt mit einer sehr wirkungsvollen Ansprache von Herrn Missionar Stahl.

#### Weitere Gemeinderatswahlen.

Bei den Gemeinderatswahlen in Sulz a. N. entfielen auf den Zettel der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft 4, auf den Mieterverein 1, Sozialdemokratische Partei 1 und Kommunistische Partei 1 Stimm. — In Calw a. N. wurden gewählt vom Vereinigten Bürgerlichen Wahlvorschlag 5, vom Vorschlag des Viehwirtschaftersvereins 2 Kandidaten. Die Vereinigten Gewerkschaften gingen leer aus. — In Herrenberg war die Beteiligung an der Gemeinderatswahl ziemlich gering; sie betrug nur 66 Prozent. Das endgültige Ergebnis wird erst im Laufe des heutigen Tages errechnet.

In Ludwigsburg erhielten die Sozialdemokratie 3 Sitze, die Kommunisten 1 Sitz, die Bürgerpartei 4 Sitze, die Deutsche Volkspartei 1 Sitz, die Turn- und Sportvereine 1 Sitz, die Demokraten 4 Sitze, das Zentrum 1 Sitz. — In Büdingen erhielt das Zentrum 5 Sitze (bisher 4), die Sozialdemokraten 2 (2), die Demokraten 1 (2). — In Ebingerden fielen auf die Demokraten 4 (bisher 5), auf das rechtsstehende Bürgertum 2 (0), Zentrum 1 (1), Verein Sozialdemokraten 2 (4), Kommunisten 1 (0) Sitze.

In Ulm erhielten: Vereinigte Sozialdemokratische Partei 4000, Deutsche demokratische Partei 3799, Zentrumspartei 3331, Deutsche Volkspartei 2546, Bürgerpartei 1787, Friedensgesellschaft 472, U.S.P. 141, Kommunisten 270 Stimmen. Es wurden somit gewählt 5 Kandidaten von der Verein. Sozialdem. Partei, 4 von der Demokratie, 4 vom Zentrum, 2 von der Deutschen Volkspartei, 2 von der Bürgerpartei, 5 von der Friedensgesellschaft, U.S.P. und Kommunisten gingen leer aus. Die Wahlbeteiligung betrug 68 Pr. — In Rottweil erhielt das Zentrum im Ganzen 22395 Stimmen (darunter Altstadt), die Deutsche demokratische Partei 7173 (Altstadt 2073), die Bürger- und Deutsche Volkspartei 2485 (Altstadt 301), die Sozialdemokr. Partei 4909 (Altstadt 1335), die Kommunistische Partei 2563 (Altstadt 549). Hiernach erhält das Zentrum 6, die Demokratie 2, die Bürgerpartei 1 und die Soz. Partei auch 1 Sitz.

Oberhangstett, 18. Dezbr. Am Samstag abend fand auf dem hiesigen Rathaus eine Bauernbundsversammlung statt. Vortragender war ein Herr Nauffer aus Herrenberg. Er beleuchtete die heutige wirtschaftliche Lage, sowie die bevorstehenden Abgaben an Steuern. Unter anderem besprach er den Vertrag von Versailles und kritisierte die Wirtschaft unseres Exzellers Dr. Wirth, ebenso die Haltung der Sozialdemokratie und Demokratie gegenüber der Landwirtschaft. Zuletzt wurde noch zum Beitritt in den Bauernbund aufgefordert, was auch von verschiedenen Versammlungsteilnehmern befolgt wurde.

(S.C.B.) Stuttgart, 18. Dezbr. Am 18. Dezbr., abends 22 Uhr stieß auf dem Bahnhof Rot am See der Wergentheimer Personenzug auf einen im Bahnhof stehenden Güterzug auf. Die Lokomotive des Personenzugs und einige Wagen des Güterzugs entgleisten. Eine Person wurde leicht verletzt. Eine wesentliche Betriebsstörung trat nicht ein. Der Unfall ist durch vorchriftswidrige Handhabung des Signal- und Meldebienstes verursacht worden.

(S.C.B.) Neutlingen, 18. Dezbr. In der Nacht wurde aus dem Hof einer Fabrik ein 3 Zentner schweres Schwein gestohlen. Den Dieben gelang es nur, 140 Pfund ihrer Beute mitzunehmen. Man ist ihnen auf der Spur.

(S.C.B.) Württemberg. Tutzingen, 19. Dezbr. Der 50jährige ledige Arbeiter Bartholomäus Biedermann machte, ehe er zu Bett ging, Feuer und ließ dann die Ofentüre auf. Das Feuer griff auf die neben dem Ofen liegenden Scheiter über und in dem Rauch fand der im Nebenimmer Schlafende den Erstickenstod.

(S.C.B.) Jann, 18. Dezbr. (Schneeerei.) Der Zugverkehr auf der Strecke Jann—Kempten, der seit 3. Dezember infolge der kolossalen Schneefälle unterbrochen war, ist wieder aufgenommen worden.

### Landtag

#### Die Ausprägung

#### über die nationalsozialistische Bewegung.

(S.C.B.) Stuttgart, 19. Dez. In der Dienstag-Vormittags-sitzung genehmigte der Landtag den Antrag auf Gewährung eines Staatsdarlehens an die Jura-DeL-Schieferwerke und eines 2. Darlehens zum Ausbau von Wasserkraftanlagen in 1. bis 3. Leistung. Eine Entschädigung der Bürgerpartei betr. Gewährung der Versammlungsfreiheit wird zur Besprechung zugelassen. Dann wird die Aussprache über die Beantwortung der Anfrage über Uebergriffe der Nat.-Soz. begonnen. Der Redner des Bauernbundes Dr. Scholt geht davon aus, daß die nationalsozialistische Bewegung eine geistige Strömung ist, die nicht unter ein Ausnahmegesetz gestellt werden kann, sondern die verfassungsmäßige Möglichkeit haben muß, sich frei zu entfalten. (Zurufe links: Der Nat.-Soz. ist keine geistige Bewegung.) Wenn man nationalsozialistische Versammlungen verbietet, so muß man auch komm. Versammlungen und sogar soz. Veranstaltungen verbieten, denn dort ist schon oft verfassungswidrig gehandelt worden. Der Staat hat die Pflicht, für Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen und mit Polizei gegen Ruhestörer vorzugehen. Aber wenn er gefährdete Versammlungen einfach verbietet, so ist das das erste Eingeständnis seiner Machtlosigkeit. Es muß der Grundlag gelten: Gerechtigkeit ist und bleibt die Grundlage aller Staaten. Der Soz. Hermann anerkennt den Willen der Regierung, sich gegen Uebergriffe der Nat.-Soz. zu verwahren; er wünscht jedoch, daß sich die Regierung über die Vorgänge in Bayern genauer unterrichtet und nicht zuwartet, bis wir in Württemberg dieselben Verhältnisse haben. Im Interesse des gesamten Volkes muß verlangt werden, daß alles getan wird, um die nationalsozialistische Bewegung von Württemberg fernzuhalten. Bickes (D.L.) lehnt die Nat.-Soz. ab, die im Grunde unser Volk nur noch mehr verwirren und auch nicht im Stande sind, die Gegensätze zu überbrücken. Der Einmarsch des Münchner Sturmtrupps in Göppingen habe zwar provoziert, aber die Kommunisten hätten ebenfalls provoziert. Ein allgemeines Verbot der nationalsozialistischen Versammlungen lehnt er entschieden ab und er glaubt auch nicht, daß die Nat.-Soz. sich so arg verkehrt hätten. Der Komm. Stetter sieht in den Nat.-Soz. die berufsständigen Konterreorganisationen, deren Organisationen aufgehoben werden und deren Führer gefangen gesetzt werden müssen. Er will gegen sie Arbeiter-Abwehrorganisationen bilden. Nachdem noch einige Auswahlschritte angenommen und das Gesetz über eine neue Ueberprüfung der Gerichtskosten und Notariatsgebühren angenommen worden war, wurde die weitere Aussprache über die Nat.-Soz. auf nachmittags 3 Uhr vertagt. Schluß der Sitzung 1/2 Uhr.

den Verweis im stillen und dachte, das Mädchen, ohnehin zur Traurigkeit aufgelegt, habe sich denselben gar zu sehr zu Herzen genommen.

Von den beschimpfenden Folgen, welche das Erscheinen des Findelkinds für die Braut des Alex gefaßt, hatte Justine nichts erzählt, aber die Neuigkeit wurde im Hause noch denselben Tag durch Gäste, die aus der Stadt kamen, verbreitet, und lachend und staunend erkannte die Bewohnerschaft ihren schwarzen Godel als Propheten an. Doch war es dem Löwenwirt gar nicht wohl dabei, denn er besorgte, Alex möchte gegen ihn, von dessen Hause der unbegründete Bericht ausgegangen war, klagbar werden, und die Urheberin desselben erhielt in den nächsten Tagen manches unwürdige Wort von ihm. Allein Tag um Tag verging, ohne daß Alex den gefährdeten Schritt getan hätte, und man vernahm nichts weiter von ihm, als daß er schleunige Anstalten zu seiner Hochzeit treffe. Er schien der Meinung zu sein, Heiraten und Stillschweigen seien die geeignetsten Mittel, um Gras über die unangenehme Begebenheit wachsen zu lassen.

Wald jedoch wurde die Aufmerksamkeit und Teilnahme des Hauses durch eine weit nähere Angelegenheit in Anspruch genommen, indem Justine, die seit dem Weihnachtsabend sich mühsam auf den Beinen erhalten hatte, in eine gefährliche Krankheit verfiel. Die Herrschaft versäumte nichts und berief sogleich den Arzt aus dem Städtchen, einen guten alten Mann, der das herkömmliche Drakel der Umgegend war. Er zeigte sich sehr besorgt und erklärte das Uebel für ein hitziges Gliederweh, das wahrscheinlich durch eine Erkältung verursacht sei und, wenn nicht ein trauriger Ausgang zu befürchten stehe, jedenfalls nicht unter ein paar Monaten zu kurieren sein werde.

(Fortsetzung folgt.)

(S. B.) Stuttgart, 19. Dez. Der Landtag beendigte heute nachmittag die Aussprache über die nationalsozialistische Bewegung. Zunächst sprachen die Abgg. Scheef (Dem.) und Andre (Ztr.), die das Vorgehen der Regierung billigten und an den Nationalsozialisten namentlich die Gewalttätigkeit, sowie die Schürung von Klassen- und Rassenhass kritisierten. Nach einer kurzen persönlichen Erklärung des Staatspräsidenten ergriff Justizminister Holz nochmals das Wort. Er hob hervor, daß das Versammlungsverbot bestehen bleiben müsse, solange die Nationalsozialisten eine staatsgefährliche Stellung einnehmen. Dann sprach noch die Abgg. Roth (Dem.), Biedes (D. V. P.) und Schuler (Soz.), worauf eine Entschließung der Mehrheitsparteien und der Deutschen Volkspartei angenommen wurde, in der die Regierungserklärung gebilligt und erwartet wird, daß die Regierung gegen die Nat. Soz. alle Machtmittel anwendet. Eine Entschließung Bazille auf Aufhebung des Versammlungsverbots wurde abgelehnt. Zum Schluß gab Präsident Walter eine eindrucksvolle Erklärung ab, in der er in trefflichen Worten auf Frankreichs Rheingelüste hinwies und gegen alle Gewalttaten und Schikanen, gegen das Unrecht, das uns schon angetan worden ist und gegen das Unrecht, das man uns antun will, energischen Protest erhob. Er grüßte die deutschen Stammesbrüder am Rhein, im Saarland und in der deutschen Pfalz, rief ihnen Trost und Mut zu und schloß mit den Worten: Seid un'erer Treue versichert und harret in deutscher Treue aus! — Nächste Sitzung unbestimmt.

**Beschwerde der Nationalsozialisten.**

(S. B.) Stuttgart, 19. Dezbr. Die nationalsozialistische deutsche Arbeiterchaft Württembergs und Hohenzollerns

hat an das Ministerium des Innern eine Beschwerde über das Versammlungsverbot gerichtet, in der gesagt wird, daß die bekannten Ereignisse in Geislingen, Stuttgart und Göppingen nicht auf die Tätigkeit der nationalsozialistischen Arbeiterchaft, sondern auf die terroristischen Angriffe linksstehender Elemente zurückzuführen seien.

**Gedenket der Heimatnotspende!**

**Geld-, Volks- und Landwirtschaft.**

**Der Kurs der Reichsmark.**

Der Dollar stand gestern schon wieder auf 7263 M., der Schweizer Franken auf 1383 M.

**Vom württ. Arbeitsmarkt.**

Die Lage des Arbeitsmarktes hat im Monat November eine kleine Verschlechterung erfahren. Die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden stieg gegenüber dem Oktober um 4,8 Prozent, dagegen fiel die der offenen Stellen um 14,6 Prozent und die der Vermittlungen um 10,6 Prozent. Entlassungen größeren Umfangs wurden noch nicht vorgenommen, dagegen nahm die Kurzarbeit zu. Die Zahl der vollunterstützten Erwerbslosen betrug am 1. Dezember 1922 251 gegenüber 145 am 1. November und 766 am 1. Dezember 1921. — Eine Beschäftigung deutscher Arbeitskräfte in Nordfrankreich kommt vorläufig nicht in Frage.

**Märkte.**

(S. B.) Ulm, 19. Dezbr. (Schlachtviehmarkt.) Es kosteten je 100 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 2. 27 000, Bullen 2. 28 000, Rinder 1. 39—41 000, 2. 32—34 000, Rühе 2. 25—26 000, 3. 14—18 000, Kälber 1. 43—45 000, 2. 38—41 500, 3. 32—37 000, Schweine 1. 54—56 000, 2. 50—53 000 M.

(S. B.) Ravensburg, 18. Dezbr. Der Wochenmarkt am Samstag zeigte mäßigen Besuch. Auf dem Viehmarkt waren 47 Stück aufgetrieben. 7 Ochsen, 7 Ferkel, 17 Rühе, 5 Kalbeln, 9 Rinder, 1 Kalb, 1 Schaf. Der Handel ging ziemlich lebhaft, kante aber später ab. Für Ferkel wurden 8000 bis 12 000 M., für Läufer 15 000 bis 20 000 M. bezahlt. Der Geflügelmarkt hatte reiche Zufuhr an Geflügel aller Art. Bezahlt wurden für Hähnen 500 bis 60 M., für Enten (lebend) das Pfund 330—400 M., ebenso lebende Gänse. Geschlachtete Gänse wurden mit 470 bis 500 Mark bezahlt. Hasen kosteten 280 M. das Pfund. Auf dem Gemüsemarkt der Jahreszeit entsprechende Zufuhr, die rasch Käufer fand. Der Obstmarkt war besser befahren. Bezahlt wurden für Tafel- und Wirtschaftsobst 10 bis 18 M. pro Pfund. Auf dem Butter- und Eiermarkt große Nachfrage nach diesen Lebensmitteln. Das Angebot war etwas besser, doch lange nicht ausreichend trotz hoher Preise. Eier wurden mit 60 bis 70 M. das Stück bezahlt.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Klein- und Großhandelspreisen gemessen werden da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verlebenskosten in Betracht kommen. D. S. B. B. B.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Calw. Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei Calw.

Wir machen darauf aufmerksam, daß unsere auf den 1. Januar 1923 fälligen

**Zinscheine**

schon von heute ab an unserer Kasse eingelöst werden.

Calw, den 19. Dezember 1922

**Vereinigte Deckenfabriken Calw A.-G.**

Korbmöbel, Puppenwagen, Kinderwagen, Kinderstühle, Leiterwagen, natur-lackiert, Leiterwagen-Räder, roh, Korbwaren in großer Auswahl empfiehlt billigst **Wilh. Frank, Calw** hinter dem Rathaus. Spezialgeschäft für Korbwaren, Kinderwagen und Korbmöbel.

**Prima Gerste**

ist eingetroffen und liefert sackweise und in ganzen Fuhren billigst **Adolf Lutz.**

**Viehverkauf.**

Von Donnerstag morgen 9 Uhr ab steht im Gasthaus zum „Ochsen“ in Höfen ein großer, frischer Transport

gutgewöhnter junger Milchrühе; große Auswahl gutgewöhnter, hochträchtiger Rühе, sowie hochtr. Kalbinnen zum Verkauf, wozu Liebhaber freundlichst einladen



**Rudolf und Berthold Löwengart, Rellingen.**



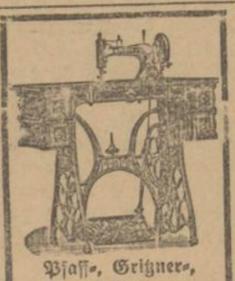
**Wir drucken**

\*  
PLAKATE  
FORMULARE  
ZEITSCHRIFTEN  
KATALOGE, PROSPEKTE  
WERTPAPIERE  
ZIRKULARE  
WERKE  
\*

**A. Oelschläger'sche Buchdruckerei**  
Fernsprecher 9. Calw Lederstrasse 151.

**Golbene Damenuhr**  
14 kar. Gold zu verkaufen  
Stuttgarterstraße 708.

**Buchen-, Eichen-, Tannen-, Forchen-, Stockholz-, Bündel- und Schwarten-Brennholz, sowie Stangen**  
aller Klassen kauft lausend geg. sofortige Kasse.  
**Wilhelm Luyher, Eibensbach/Witbg.**  
Fernsprecher 2.



Wasser-, Seignier-, Phönix-Nähmaschinen, Milchzentrifugen, Wäschepressen, Bringmaschinen, Dezimalbrückenwag., Friedrichs-Herzog, bei der Brücke.

Eine noch neue dreireihige echte **Bozener Harmonika** hat zu verkaufen **Ernst Bohl jr. Wildberg.**

Wegen Entbehrlichkeit abzugeben:  
**Wäschemange, Windmaschine** (beide fast neu), **hölz. Notenständer, großer, bemalter Schrank (Miertum), Baßlaute, Photoapparat 9x12.** Näheres durch die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Neues ungetragenes **Kleid** befonderer Verhältnisse halber zu verkaufen. Zu erfragen bei der Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Hahn-Doppel-Flinte** Kal. 16, Damastlauf, Chokebohrig., Grav., Holzschuh, tadellos erh., mit 50 Jagdpatronen zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Mein Geschäft bleibt am Sonntag, den 24. Dezember geschlossen.**  
Ich bitte meine werte Kundschaft, ihre **Weihnachts-Einkäufe** bei mir im Laufe dieser Woche besorgen zu wollen.  
**Ritter-Drogerie**  
D. E. Ristowski, Calw.

**Wand-Kalender für das Jahr 1923**  
Zum Preise von 10.— Mk. zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Mädchen gesucht.**  
Rechtshaffenes, geordnetes Mädchen zur Landwirtschaft und Küche zum Eintritt für Anfang oder Mitte Januar bei hohem Lohn gesucht.  
**Andler, zum „Hirsch“, Bad Teinag.**

Zu verkaufen:  
**2 Bettstellen mit Matz, 1 Nachtschrank, 1 weißes Kinderbett mit Matzage.** Sattler Volz, Hirsau.  
**Oberkollwangen, 1 Mug- u. Fahr-Ruh** verkauft **Gottlieb Käufer.**

**Solider Ausländer sucht möbliertes, sonniges, heizbares Zimmer** sofort oder bis 15. Januar. Angebote unter W. 3. 297 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Ein Zimmer-Büffet** tannen, roh, einen **kleinen Tisch** und einen gut erhaltenen **Wach-Tisch** verkauft. Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.  
**Schmied, Ein Paar starke Läufer-Schweine** verkauft **Ch. Hanfmann.**

**Rundschreiben Preislisten** stellt in geschmackvoller Ausführung her die **Tagblatt-Druckerei.**

Sowohl die...  
Unterstütz...  
und mit...  
rationsfre...  
man woh...  
ferenz ab...  
licht wen...  
es eben...  
Deutschla...

Inzwischen...  
schläge z...  
allen am...  
verhandel...  
Kreisen d...

Ueber die...  
widerpre...  
bevorsteh...  
engestrag...  
wollen, d...  
lichen B...  
Meinung...  
Melbung...  
vorläufig...

Umtlich wi...  
für Umlo...  
Endtermi...

Die Güter...  
Tierartif...  
ermäßigu...

Das...  
Am...  
Zurückste...  
Newwor...  
Washington...  
rung der...  
eine Hilfe...  
französi...  
einigen S...

Verän...  
Newyo...  
gesellsch...  
riefen den...  
schen Bot...  
Er bemerk...  
leibe sei...  
Publikum...  
zu kaufen...  
Publikum...  
bildlich n...

London...  
shington...  
Darlegung...  
europäis...  
kommen m...  
die Deut...  
ritanische...  
die Repara...  
ritanische...  
der Schul...  
Teil des...  
3) Die W...  
keineswegs...  
Summe, d...  
gefeht we...  
Deutschlan...  
Berpflicht...  
kann und...